

# Der freie Schwarzwälder

## Mildbader Anzeiger und Tageblatt

mit Erzähler vom Schwarzwald / Erste Tageszeitung des Oberamts Neuenbürg

### Amtsblatt für Wildbad

Ersteinst Werktag

mit amtlicher Fremdenliste

Telephon Nr. 41



Bezugpreis monatlich 90 Pfg. Durch die Post im Nachbarortserwerb 2,35 M., in Württemberg 2,50 M. vierteljährlich, hiesu Bestellgeld 30 Pfg.  
Druck und Verlag der S. Hofmann'schen Buchdruckerei (Inhaber: G. Reinhardt).  
Für die Redaktionen verantwortlich: G. Ham Wildbad.

Anzeigen 12 Pfg., von auswärts 15 Pfg. die Zeile oder deren Raum.  
Klame 25 Pfg. die Zeile.  
Bei Inseraten, wo Anstalt in der Expedition zu erlangen ist, wird für jedes Inserat 10 Pfg. besonders berechnet. Bei Offerten 20 Pfg.

Nr. 111

Dienstag, den 13. Mai 1919

36. Jahrgang.

### Unsere Eisenbahnen in Frankreich.

In dem Augenblick, wo bekannt wird, daß unsere Friedensunterhändler Paris und auch Frankreich mit von einem Stachelbrautverkauft aus zu leben bekommen werden, interessiert es doppelt, zu hören, wie es bei unseren westlichen Nachbarn in Wirklichkeit aussieht. Ein Vertreter der Deutschen Journalisten hatte Gelegenheit, mit den deutschen Eisenbahnsachverständigen und -Experten zu sprechen, die seit Monaten in Frankreich sind.

Die Uebergabe der von uns auszuliefernden Maschinen erfolgte an eine Kommission, die rücksichtslos versuchte, obwohl die deutschen Beamten ihren Stolz dargelegt hatten, die Maschinen und Wagen in tadellosem Zustande zu erhalten. Unsere Beamten wurden sofort scharf bewacht, um ihren Verkehr mit der Bevölkerung nach Möglichkeit zu verhindern. Trotzdem entspann sich sehr bald ein vertrautes Verhältnis zwischen ihnen und ihren Führern, so daß die Unruhen Fühlung mit der Bevölkerung nehmen konnten. Die Leute erhielten 10 Franken für den Tag und freie Verpflegung von den Franzosen. Die Verpflegung war reichlich und gut, und besonders die amerikanischen Soldaten verkauften daneben noch Brot, Fleisch und Tabak aus ihren Beständen. Die Zahl der amerikanischen Soldaten in Frankreich ist auffällig groß. Sie haben das ganze Eisenbahnnetz in der Hand und überwachen auch den Verkehr in den Städten. In Chalons, Orleans und Bourdeaux, besonders aber auch in Paris, fiel den deutschen Beamten überall das Fehlen männlicher Franzosen auf, so daß Eisenbahn, Post, Straßenbahn und andere Zweige des öffentlichen Verkehrs noch immer von den französischen Frauen bedient werden müssen. Diese unterhalten ganz offensichtlich Verkehr mit den Amerikanern mit der Begründung, daß ihre Männer im Kriege geblieben seien und die Zahl der Lebtüchtigen verhältnismäßig gering sei. Auch mit den deutschen Beamten versuchten sie sich sehr bald anzufreunden. Die Dienststellen der deutschen Beamten waren von französischen Weibern förmlich umlagert und trotz des Protestes der wenigen französischen Männer fanden die amerikanischen Bewachungsmannschaften nicht das geringste daran auszufahren.

Die deutschen Beamten waren zunächst damit beschäftigt, Militärzüge an die deutsche Grenze und von dort wieder zurückzuführen. Später folgten große Güterzüge mit amerikanischen Lebensmitteln für das besetzte deutsche Gebiet. Sie mühten sich dann amerikanisch und französische Eisenbahnen auszubilden. Die Behandlung durch ihre Vorgesetzten war gut. Die Verpflegung bestand aus 680 Gramm Brot und 300 Gramm Fleisch pro Tag. Die Möglichkeit, sich noch nebenbei mit Lebensmitteln versorgen zu können, brachte die Beamten sowohl in die Läden der Kaufleute, wie in die Wohnlager der Bauern. Nirgends fanden sie die Spur eines Hasses gegen Deutschland. Das Verhalten der deutschen Kriegsgefangenen wurde von der französischen Bevölkerung allgemein gelobt und ihre rechtswidrige Zurückhaltung und Beschäftigung mit Sklavenarbeit verurteilt.

In Paris konnten die Beamten ungehindert spazieren gehen. In dem zerstörten Gebiet arbeiteten unsere Gefangenen unter scharfer Aufsicht in 12stündiger Schicht an dem Wiederaufbau der Städte und Dörfer. Sie sehen die deutschen Beamten an, dasheim für ihre Freilassung tätig zu sein. Sie meinten, daß jede Friedensunterhandlung abgelehnt werden sollte, solange sie noch ihren jetzigen traurigen Los ausgefesselt seien. Sie erhielten für den Tag nur 11 Biskuits als Nahrung und bei der schweren Arbeit und der schlechten Ernährung fielen selbst die an schwere Arbeit Gewöhnten wie die Klagen um die deutschen Offiziere unter den Kriegsgefangenen werden in strenger Haft gehalten und kommen mit den Mannschaften nicht in Berührung.

Die Amerikaner erklärten, den französischen Eisenbahnbetrieb vollständig übernehmen zu wollen. Zuletzt mußten die Beamten noch serbische Heizer anlernen.

legen. Das an dieser Linie liegende Aleppo wird der Mittelpunkt für alle Reisenden und Waren bilden, die nach dem Euphrat gehen und ebenso für die Reisenden nach dem Persischen Golf. Bei Beginn des Waffensstillstands war die Linie bis auf eine Entfernung von 100 Meilen westlich von Mossul fertiggestellt, 200 Meilen Schienen sind noch zwischen Mossul und Bagdad zu legen; südlich von Bagdad soll dann die Bahn abwechselnd dem Flußlauf des Tigris und dem des Euphrat folgen. Deutsche Saat — englische Ernte.

### Volkswirtschaft, Beamtentum u. Demokratie

Unter dem Eindruck des vom Finanzminister in der würt. Landesversammlung am 6. Mai gehaltenen trüben Bildes unserer Wirtschaftslage hielt der demokr. Abg. Scheel in Tübingen eine ausgezeichnete Rede, die verdient, in weitere Kreise getragen zu werden, weil sie die Stellung der Demokratie zum Beamtentum klar wiedergibt. Nachdem der Abg. Scheel darauf hingewiesen hatte, daß besonders auch die unfruchtbarsten Streiks das Vertrauen zu unserer Wirtschaftskraft untergraben hätten, geißelte er die Arbeitskraft, die bei uns herrsche, und die durch Regierungsmassnahmen nicht genug gedämpft worden sei. „Wenn ich,“ so fuhr der Redner fort, „an die Sätze der Arbeitslosenversicherung denke, so muß ich es aussprechen, daß hier manches verkehrt worden ist, denn es ist unhaltbar, daß keine Arbeitskräfte zu erlangen sind, weil diejenigen, die als Arbeiter in Betracht kämen, sich sagen: solange ich die und die Arbeitslosenunterstützung bekomme, solange wäre ich tüchtig, wenn ich nicht durch die Arbeitslosenversicherung zu Hause sitzen müßte.“

Während das Handwerk im Kriege schwer erlitten mag, zählt die Kriegsanleihegesellschaft auf je 5000 Mk. Einlage einen Jahresgewinn von 13200 Mk. oder 2640 Prozent Kriegsgewinn.

So frage: Findet sich im Deutschen Reich kein Staatsanwalt der diese verwerfliche Veräußerung am Volke verfolgt? Solche Vorgänge empören das Volk und ich fordere die Regierung auf, alles zu tun, damit derartige Vorkommnisse vermieden werden. Die Klagen über die Kriegsgesellschaften, stellen uns vor die Notwendigkeit, auszuräumen mit diesen Gesellschaften, damit endlich wieder Ordnung in unserem Wirtschaftsleben eintritt.

Wir müssen aber auch in die Tiefe greifen mit finanziellen Maßnahmen. Wir müssen dafür sorgen, daß die ungelagerte Geldfähigkeit gemindert wird. Jeder kauft in dem Maße, es ist doch eigentlich nicht mehr Geld, das ich ausgeben, sondern es ist das Geld des Staates, und durch dieses Gefühl wird eine Steigerung der Preise aller Dinge des täglichen Lebens herbeigeführt. Es ist deshalb notwendig, daß die Kriegsgewinnsteuer mit aller Beschleunigung eingeführt und daß auch die Vermögensabgabe eingeführt wird. Denn in unserem Volke ist tatsächlich die Ermüdung herrschend, daß wir nur dadurch die unfruchtbarsten Streiks abkann können, wenn die Kreise, die jetzt über diese hohen Einkommen verfügen, durch die Vermögensabgabe und die Kriegsgewinnsteuer zur Besinnung gekommen sein werden. Es wird bei der Kriegsgewinnsteuerabgabe auch ein Augenmerk darauf zu richten sein, daß das Papiergeld erfährt wird, daß es in Verbindung mit der Vermögensabgabe eingeführt wird, und es wird durch eine andere Ausgabe denn nur dadurch kann das viele flüssige Geld, das in verschwiegenen Kassen liegt, herangezogen werden.

Die würt. Finanzminister haben in den Ausführungen des Herrn Finanzministers eine bedeutende Rolle gespielt. Er hat davon gesprochen, daß unsere württembergische Kapitalsteuer gelindert sei durch die Kapitalrentensteuer des Reichs. Hier ist es Pflicht der würt. Volksvertretung, daran hinzuweisen, daß unsere Kapitalsteuer uns möglichst erhalten bleibt oder aber, daß wir einen entsprechenden Betrag aus den Erträgen der Reichskapitalsteuer bekommen. Bei der Grundbesitzabgabe bitte ich den Herrn Finanzminister, zu prüfen, ob es nicht angängig wäre, jetzt, wo die gewaltigen Grundbesitzabgabe vor sich gehen, die Grundbesitzer in zahlreicher bei uns zu erhöhen, denn bei diesen unerschönten Umständen spielt eine höhere Einkommensteuer keine große Rolle. Ich möchte weiter fragen, ob es nicht angängig wäre, die teilweise wieder abgeschaffte Wertzuwachssteuer für unsere würt. Staatsfinanzen nutzbar zu machen. Aber es dürfen nicht lange Erwägungen sein, sondern es muß angestrebt werden, ehe sich der Markt verliert.

Der Herr Finanzminister hat schließlich noch darauf hingewiesen, daß wir unsere Einkommensteuer erhöhen müssen, er hat uns veranlaßt gemacht mit dem Plan, die Einkommensteuer auf 20 Prozent zu erhöhen. Wir glauben auch, daß dies notwendig sein wird; aber ich habe die große Sorge, daß nicht die Zeit kommen wird, in der auch die Erhöhung der Einkommensteuer unser Land nicht mehr in den Stand setzt die gewaltigen Ausgaben zu decken.

Dann hat ich zu der Vorlage über die Erhöhung der Beamtensätze zu sprechen kommen. Die Vorlage ist begründet mit der Notwendigkeit, die Entlohnung der Beamten in Einklang zu bringen mit der gestiegenen Kaufkraft des Geldes. Wir anerkennen, daß so wie die Dinge jetzt liegen, es für den Staat eine Notwendigkeit ist, seine Beamten zu schätzen. Wir sind also sachlich einverstanden. Es wird dabei notwendig sein, zu prüfen welche Rückwirkungen der Tarifvertrag der mit der Staatsarbeiterschaft abgeschloffen werden ist, auf die Beamtensätze. Es wird auch notwendig sein, zu hören, ob einzelne nicht sozialdemokratische Verbände bei den Verhandlungen ausgeschlossen worden sind, und ich muß fest-

stellen: es wäre ein geradezu unerträgliches Vorgehen einzelner Verbände, wenn sie es abgelehnt hätten, daß andere Verbände ebenfalls mit herangezogen werden. Das wäre eine Unzulässigkeit allerhöchsten Grades und wir haben Grund, hier gegen ein solches Vorgehen Verwahrung einzulegen. Bis diese Prüfung vorgenommen ist, glauben wir, daß der Vorschlag, jetzt der Beamtenschaft eine weitere Rate abschlagsweise auszusahlen, durchaus berechtigt ist und namens meiner Fraktion stimme ich der Anregung des Herrn Finanzministers zu. Meine Fraktion läßt sich bei dieser Vorlage leiten von der Erkenntnis der hohen Bedeutung, welcher ein arbeitskräftiger Beamtenschaftler für unser württembergisches Staatsleben hat. Diese Grundkenntnis leitet uns bei all unseren Beschlussfassungen über diese Dinge, und wir freuen uns, feststellen zu können, daß in unserer Beamtenschaft tatsächlich diese Grundlage vorhanden sind. Allerdings stimmt da der Ton, der in dem Tageblatt, das uns vorgelegt worden ist, angeschlagen wurde, bedauerlich. Ich bedaure die Art und Weise dieses Vorgehens, und hoffe, daß die Beamtenschaft aus unseren Verhandlungen entnehmen wird, daß der Staat alles tut, um die berechtigten Wünsche der Beamtenschaft zur Durchführung zu bringen.

Wir hoffen, daß der erprobte Geist unserer Beamtenschaft ungebrochen aus dieser so schweren Zeit hervorgehen wird. Ich rufe namens meiner Freunde die Beamtenschaft auf, mit uns mit der Volksvertretung, mit der Regierung in alter Treue Hand in Hand zu gehen, damit es uns — nat. unter leidlichbedeutendem Vaterland aus den Sorgen und Nöten unserer Zeit hinderausführen in eine bessere und eine glücklichere Zukunft.

D.P.C. Der demokratische Parteitag, der vom 28. bis 31. Mai in Kassel stattfinden sollte, wird, wie wir hören, infolge der durch die Friedensverhandlungen gegebenen anderen Verhältnisse vermutlich abgesagt werden. Dadurch wird auch die Einberufung des württembergischen Parteitag der Partei eine Aenderung erleiden.

### Baulandumlegung.

Von G. Koller Stuttgart.

D.P.C. Die bodenreformerischen Bestrebungen bilden einen ganz wesentlichen Bestandteil der sozialistischen Wirtschaftsauffassung, der auch wertvoll der Zukunft gehört. Ihre Gedanken und Forderungen bedeuten ein gewaltiges Kapitel und greifen tief ein in die Gemeindepolitik mit ihren Bau- und Bodenfragen. Die Gemeinderatswahlen haben neben anderen wirtschaftlichen Grundfragen auch diese wieder in den Vordergrund treten lassen, denn eine gerechte Boden-, Siedlungs- und Baupolitik bildet eine der Hauptgrundlagen einer gesunden Entwicklung der Gemeinwesen. Die Deutsche demokratische Partei hat in ihrem Gemeinewahlprogramm diese Forderung zu einer demokratischen Grundforderung gemacht. Sie anerkennt damit den gewaltigen Einfluß dieser Fragen auf unser heutiges Wirtschaftsleben. Aus der Fülle der Einzelforderungen sei im folgenden zunächst nur die eine herausgehoben, die für die künftige Wohnungs- und Baupolitik der Gemeinden von entscheidendem Einfluß sein dürfte, die Baulandumlegung. Sie wird vor allem aus wirtschaftlichen und haushalterischen Gründen als eine Notwendigkeit der kommenden Tage bezeichnet werden müssen.

Mit dem, von den weitesten Kreisen unseres Volkes mit ernsthaftem Verwirklichungsbestreben angestrebten Heimstättengedanken und ihrer großzügigen Durchführung auf weit abgelegenen Siedlungsland kommen wir allein nicht durch, besonders in unseren größeren Städten. Wohl leitet sie den großen Gedanken der Debung der Volksgesundheit, der Heimatpflege, einer gesunden nationalen Selbsttätigkeit, an, aber ihre Durchführung wird wohl nur zu einem Teil die herrschende Wohnungsnot beheben können.

Der wirtschaftliche Aufschwung der letzten Jahrzehnte hat mit seiner ungeahnten Erweiterung unserer Städte die Erschließung neuer Bauquartiere außerhalb des alten Stadtgebiets und damit die weitgreifende Umlegung neuer Straßen zur Folge gehabt. Nicht überall konnte die Straßenzuführung den Grundstücken so angepaßt werden, daß die dabei entstandenen Baugrundstücke in Form und Lage einer vorzüglichen Bebauung günstig waren. Meist wurden komplizierte Grenzangrenzungen vorgenommen, bis ein einigermaßen günstiges Baugrundstück erzielt werden konnte. In sehr vielen Fällen ist infolge der Kleinpargelierung die selbständige Bebauung ohne Inanspruchnahme des Nachbargrundstücks gar nicht möglich und mangels beiderseitigen Entgegenkommens der Besitzer meistens unterblieben. Auch die Bauplatzverteilung hat in diesen Zwangslagen eine geradezu unheilvolle Rolle gespielt.

**Die Bagdadbahn.** Wie „Der neue Orient“ nach Angaben des Generaldirektors der Bagdadbahn mitteilt, ist anzunehmen, daß die Linie innerhalb von zwei Jahren den Persischen Golf erreichen wird. In der Reise der Verhandlungsmacht scheint die Absicht zu bestehen, den Ausgangspunkt der Bahn von Haidarjasa am Bosporus nach Alexandrette am Mittelmeer, dem Haupthafen des neuen „Arabischen Staates“, zu ver-





In seltenen Fällen hat auf dem Wege freiwilliger Vereinbarung der Grundbesitzer unter Einwirkung der Gemeindeverwaltung eine Umformung der Grundstücke zu geeigneten Baustellen stattgefunden. Solche Baulandumlegungen im freiwilligen Verfahren hatten wir bisher besonders in badischen Städten, und namentlich in Karlsruhe, ähnlich der Ausführung unter württembergischen Feldbereinigungen, bekanntermaßen in Frankfurt a. M. (s. v. Adies). Die künftige Sparbarkeit in der Durchführung von baulichen Anlagen und die rationelle Ausnutzung der fertigen Straßen mit den darin verlegten Kanälen, Gas-, Wasser- und elektrischen Leitungen zwingen die Gemeindeverwaltungen schon jetzt, die Notwendigkeit der Schaffung eines Baulandumlegungs-gesetzes ins Auge zu fassen, um damit den Ausbau fertiger Straßen zu ermöglichen und zu fördern.

Auf die technische Ausgestaltung und Durchführung eines solchen Baulandumlegungsverfahrens werden wir zurückkommen.

## Der deutsche Friedensvorschlag von 1916.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt: Mit Entrüstung und Entsetzen hat das deutsche Volk die Friedensbedingungen vernommen, mit denen die Entente nicht nur alle Lasten des Kriegs und darüber hinaus unerträgliche Opfer auf die kriegsmüden Schultern des deutschen Volks zu legen versucht, sondern obendrein noch die ganze Schuld am Kriege, d. h. die Schuld daran, daß er zum Ausbruch kam und daß er nicht früher endete. Kein besseres Mittel ist denkbar, um den deutschen Geist mit dem seiner Feinde zu vergleichen, und keine bessere Möglichkeit, Rückschlüsse auf die Kriegsschuld zu ziehen, als die Gegenüberstellung der Friedensbedingungen, die Deutschland im Falle des Sieges gestellt haben würde, mit denen, die unsere Feinde dem besiegten Deutschland stellen. Denn im Blick zeigt sich der wahre Charakter eines Volks so gut, wie der eines Menschen. Und was die Kriegsschuld angeht: Je mehr einer fordert, wenn das Blut des Kriegs sich zu seinen Gunsten entscheidet, umso mehr. Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß er den Krieg um dieser Forderungen willen begonnen hat. Das Kriegsziel einer Regierung läßt deshalb einen Rückschluß auf die Kriegsschuld dieser Regierung zu. Es ist der deutschen Regierung im Ausland und auch im Inland häufig zum Vorwurf gemacht worden, sie habe der Welt kein Kriegsziel verkündet. Die einen schlossen daraus auf ihre übergroße Begehrlichkeit, die anderen auf ihren Mangel an festem Ziel. Der wahre Grund dieser Zurückhaltung war, daß die deutsche Regierung erwarten mußte, die Befreiung ihrer maßvollen Ziele werde ihr als Schwäche gedeutet werden, solange die Gegner an ihren von vornherein maßlosen Vernichtungsplänen festhielten. Deshalb waren auch in dem Friedensangebot vom 12. Dezember 1916 bestimmte Bedingungen nicht angegeben. Indessen haben damals deutsche Bedingungen bestanden und sie sind im Frühjahr 1917 dem Präsidenten Wilson als ein Beweis unseres Vertrauens mitgeteilt worden. Diese Bedingungen, oder richtiger diese Grundlagen für Friedensverhandlungen waren folgende:

Zurücksetzung des von Frankreich besetzten Teils vom Oberelsaß, Gewinnung einer Deutschland und Polen gegen Rußland strategisch und wirtschaftlich sicheren Grenze; Kolonialrestitution in Form einer Verständigung, die Deutschland einen seiner Bevölkerungszahl und der Bedeutung seiner wirtschaftlichen Interessen entsprechenden Kolonialbesitz sichert; Rückgabe der von Deutschland besetzten französischen Gebiete unter Vorbehalt strategischer und wirtschaftlicher Grenzberichtigungen, sowie finanzieller Kompensation; Wiederherstellung Belgiens unter bestimmten Garantien für die Sicherheit Deutschlands, die durch Verhandlungen mit der belgischen Regierung festzustellen waren; wirtschaftlicher und finanzieller Ausgleich auf der Grundlage des Austausches der beiderseits eroberten und im Friedensschluß zu restituierenden Gebiete; Schadloshaltung der durch den Krieg geschädigten deutschen Unternehmungen und Privatpersonen; Verzicht auf alle wirtschaftlichen Abmachungen und Maßnahmen, die ein Hindernis für den normalen Handel und Verkehr nach Friedensschluß bilden würden, unter Abschluß entsprechender Handelsverträge, Sicherstellung der Freiheit der Meere.

Die Friedensbedingungen unserer Verbündeten bewegten sich in Übereinstimmung mit den Anschauungen der deutschen Regierung in gleichmäßigen Grenzen. Die deutsche Regierung erklärte sich ferner bereit, auf der Grundlage der Senatsvorsicht des Präsidenten Wilson in die von ihm nach Beendigung des Kriegs angestrebte internationale Konferenz einzutreten.

Nun möge das deutsche Volk, möge die ganze Welt ermessen, auf welcher Seite Billigkeit und Recht, auf welcher Unrecht und Schuld zu finden sind.

### Die Antwort Clemenceaus.

Versailles, 12. Mai. Die Note der deutschen Friedensabordnung über die allgemeine Beurteilung des Friedensentwurfs wurde durch Clemenceau am 10. Mai mit folgender Note beantwortet.

„Herr Vorsitzender! Die Vertreter der alliierten und assoziierten Mächte haben von der Note Kenntnis genommen, die die Bemerkungen der deutschen Bevollmächtigten zum Text der Friedensbedingungen enthält. In Beantwortung dieser Mitteilung möchte sie die deutsche Abordnung daran erinnern, daß sie sich bei der Festsetzung der Vertragsbestimmungen ständig von den Grundprinzipien haben leiten lassen, nach denen der Waffenstillstand und die Friedensverhandlungen vorgezeichnet worden sind. Die Vertreter der alliierten und assoziierten Mächte können keinerlei Erörterung ihres Rechts zulassen, die grundsätzlichen Bedingungen des Friedens, so wie sie sie festgelegt haben, aufrecht zu erhalten. Sie können nur An-

regungen praktischer Art in Erwägung ziehen, die die deutschen Bevollmächtigten ihnen etwa zu unterbreiten haben.“

Diese Antwort enthält, obwohl sie formell jede grundsätzliche Erörterung des Friedensentwurfs ablehnt, tatsächlich eine erneute Festlegung auf die Vereinbarungen vom 5. Oktober bis 5. November vorigen Jahres. Außerdem legt sie praktische Vorschläge zu Verhandlungen über die einzelnen Kapitel des Friedensentwurfs nahe. Daß solche Verhandlungen beabsichtigt sind, ergibt sich auch aus der Tatsache, daß die Gegner am 10. Mai eine größere Anzahl von Druckeremplaren unserer Vorschläge zum Völkerbund und zum Arbeiterrecht erbeten haben.

Auf die Note über den Völkerbund hat Clemenceau geantwortet:

„Herr Vorsitzender! Ich habe die Ehre, Ihnen den Empfang des deutschen Entwurfs eines Völkerbunds zu bestätigen. Der Entwurf wird der zuständigen Kommission, die durch die alliierten und assoziierten Mächte gebildet ist, übermitteln werden. Die deutschen Bevollmächtigten werden durch eine neue Prüfung der Völkerbundsbedingungen feststellen können, daß die Frage der Zulassung neuer Mitglieder in diesem Bund nicht übersehen sondern ausdrücklich im zweiten Absatz des ersten Artikels vorgezogen ist.“

Diese Antwort umgeht den Kernpunkt der deutschen Frage, der sich darauf bezog, daß Deutschland eine Bundesregierung als Teil des Gesamtvertrags unterzeichnen soll, obwohl es weder als ursprüngliches noch als eingeladene Mitglied dem Bunde angehört.

In Ausführung der in der ersten Antwort enthaltenen Aufforderung wurden praktische Fragen und Bemerkungen übergeben werden, die auf die Gebietsabtretungen Bezug haben.

## Neues vom Tage.

### Mundgebungen.

Berlin, 12. Mai. Eine Arienkundgebung gegen den Versaillesfrieden, die mit einem tausendstimmigen Reim der Versammelten endete, hatte gestern über 6000 Bürger und Bürgerinnen von Charlottenburg vereinigt, die auf den gemeinsamen Ruf der Deutsch-Nationalen Partei und der Deutschen Volkspartei gekommen waren. Der frühere Staatsminister Venge kennzeichnete die Friedensbedingungen als von beispielloser Grausamkeit erfüllt. D. Traub warnte vor Schimpfen und Geschrei, wenn keine Tat dahinterstehe. Mit großer Schärfe hielt er der Behauptung „Wir müssen Ja sagen, wenn wir nicht verhungern wollen“, die andere entgegen: „Wir verhungern dann, wenn wir den Frieden annehmen.“

Die Demokratische Partei erklärt folgende Kundgebung: Im Vertrauen auf das Wilson'sche Friedensprogramm, das nicht nur von uns, sondern auch von der Entente als unverrückbare Grundlage für die Friedensbedingungen anerkannt worden ist, hat das deutsche Volk die Waffen niedergelegt, um so rasch wie möglich zur Friedensarbeit zurückzukehren und den Boden für einen dauernden Völkerverfrieden des Rechts und der Versöhnung zu schaffen. Die Friedensbedingungen, die uns jetzt die Gegner vorgelegt haben, sind eine schreiende Verletzung des gegebenen Wortes. Statt die versprochene nationale Selbstbestimmung zu achten, reißen sie lebenswichtige Glieder vom deutschen Volkstörper los, vergewaltigen unser Volkstum und stellen unser verkümmertes Staatswesen unter die Vormundschaft unserer Feinde.

Die Deutsch-demokratische Partei veranstaltete gestern eine Protestversammlung auf dem Tempelhofer Feld. Der von der Fraktion der Nationalversammlung und der preussischen Landesversammlung verfaßten Cuius in: wurde z. g. m. m. Am Abend waren auf Einladung der Deutsch-Nationalen Volkspartei viele Tausende in der Philharmonie versammelt, um gegen die schmachvollen Friedensbedingungen Stellung zu nehmen.

Von 4000 Mitgliedern besucht nahm die Hauptversammlung des Deutschen Beamtenbundes einen Protest gegen den Versaillesfrieden an.

Die Erregung in der Stadt Königsberg und in der Provinz Ostpreußen ist aufs höchste gestiegen. Man fordert Waffen in Ostpreußen. Auch in Danzig erregt der Ruf zu den Waffen.

In Ostpreußen haben im Kreis Dendekrug 23000 Litauer der Regierung in einer Denkschrift versichert, daß sie treu zu Preußen halten und ihre deutsche Staatsangehörigkeit mit allen Mitteln verteidigen werden.

Die Landarbeiter und Arbeiterinnen aus Greifenberg in Pommern sandten an den Abg. D. Traub ein Telegramm, das fordert, daß der Kaiser vor der Auslieferung an die Feinde geschützt werde.

In der „Berl. Volksztg.“ veröffentlicht der dem. Abg. Prof. Lüdde, Führer der Friedensvereine, einen Artikel, der den Friedensvertrag unannehmbar für jeden Pazifisten erklärt, da er einen neuen Krieg bringen werde.

Das Präsidium des Evang. Bundes protestiert in einem Aufruf gegen den Friedensvertrag, der ein neuer Krieg mit anderen Mitteln sei und das Deutsche Reich politisch entrechtet, wirtschaftlich knechtet, moralisch vergiften wolle. Eher den Tod, als in Knechtschaft leben!

Vaut „Vorwärts“ ist der Gesamteindruck aus den bisherigen Äußerungen der französischen sozialistischen Presse angefaßt: „Der Vertragsentwurf ist eine Schande, doch wir können vorläufig nichts tun. Deutschland solle den Vertrag unterzeichnen, der internationale Sozialismus werde ihn vernichten.“

### Zwangsarbeit.

Berlin, 11. Mai. Aus dem Saargebiet liegen sichere Meldungen vor, daß die französischen Behörden sich mit der Absicht tragen, jugendliche Arbeiter an dem Saargebiet im Alter von 14-18 Jahren zu Zwangsarbeiten nach Belgien verschicken zu wollen. Am 8. Mai wurde daher in Spa ein Aufklärung über diese Angelegenheit erteilt.

### Heimkehr.

Berlin, 12. Mai. Der Heimtransport der deutschen Truppen aus Saloniki und Konstantinopel ist im Gange. Nach wiederholten Verzögerungen haben die Alliierten die Entsendung des Dampfers „Düster“ nach Riga genehmigt, der die dort in verweirter Lage befindlichen Deutschen zurückführen soll. Der Dampfer „Dannover“ geht nach Reval und Vibau, um die zurückgebliebenen deutschen Staatsangehörigen und die Deutsch-Balten abzuholen.

### Besetzung Leipzigs.

Leipzig, 12. Mai. Gestern früh sind Regierungstruppen unter General Merker von vier Seiten in Leipzig eingerückt und haben die Stadt ohne Kampf besetzt. Die Unternehmung ist vollständig geglückt. An den Operationen, die bis zur letzten Stunde geheim gehalten worden waren, jedoch selbst Eisenbahnbeamte nichts davon wußten, nahmen Truppen aus Berlin, Braunschweig, Halle, Merseburg, Raumburg, Weisenfels und auch von den in München verwendeten teil. Die Truppen waren in der Nacht unter Vorausfahnen von Panzerzügen auf den verlassenen Vorortsbahnhöfen Leipzigs eingetroffen und haben dann sofort den konzentrischen Vormarsch auf die innere Stadt angetreten. Ernstlichen Widerstand haben sie nirgends gefunden, jedoch, soweit bisher Feststellungen vorliegen, nur zwei Verwundete zu beklagen sind. Alle wichtigen öffentlichen Gebäude, ferner die „Leipziger Volkszeitung“ und das Volkshaus wurden sofort stark besetzt. Die Leipziger Sicherheitswehr wurde entwaffnet. Sie wird zur genauen Ausrüstung der Personalien in den Kasernen festgehalten. Mehrere Führer der Unabhängigen und Sozialisten sind verhaftet. Der Vorsitzende des Leipziger Arbeiterrats, Dr. Geier, soll sich in Berlin aufhalten. Der Arbeiterrat soll aufgelöst und Neuwahlen ausgeschrieben werden. Die auf dem Augustusplatz und vom Rathaus zum wendenden roten Fahnen sind verwickelt. Sollte es dennoch zu Streiks oder zum Generalstreik kommen, so sollen die Arbeitswilligen geächtet und der Betrieb der Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerke sichergestellt werden.

Gera, 12. Mai. Die Regierung von Neuchâtel hat das große Thuringische Frauenhaus in Köfritz, Eigentum der Inneren Mission, beschlagnahmt, den Vorsteher, Oberpfarrer in Köfritz außer Dienst gestellt und die Pflegetöchter entlassen.

### Von der Friedenskonferenz.

Versailles, 12. Mai. Graf Brockdorff hat an Clemenceau zwei Noten bet. schleunige Erledigung der Vorfälle über die Heimführung der deutschen Kriegsgefangenen und über die Regelung des internationalen Arbeiterrechts gelangen lassen; die Fragen sollen in geordneten Ausschüssen behandelt werden und bezüglich der Arbeiterfragen sollen Vertreter der Landesorganisationen der Arbeitergehilfen an der Verhandlung teilnehmen. Die Antwort steht noch aus.

Versailles, 12. Mai. Der „Matin“ fordert Aufklärung, weshalb Italien an dem Verteidigungsbündnis zwischen Frankreich, England und den Vereinigten Staaten nicht teilnehme.

„Populaire“ schreibt: Das revolutionäre Rußland hat die erste Gelegenheit ergriffen, den ausgezogenen Gewaltfrieden von Brest-Litovsk abzuschütteln. Deutschland wird den schlimmeren Frieden (von Versailles) ebenfalls abschütteln und wir (die Sozialisten) werden zustimmen.

### Widerspruch gegen die deutschen Nationalfarben.

Paris, 12. Mai. Der belgische Minister Duman hat im Reichsrat gegen die Absicht der deutschen Regierung, die gleichen Farben wie die belgischen (schwarz-gelb-rot) zu wählen, Widerspruch erhoben.

### Aus dem Vorfriedensvertrag.

Versailles, 12. Mai. Internationalisiert wird die Elbe von der Moldanündung ab und die Moldan von Prag und die Oder von der Oppanündung an, der Dnjemen von der Grodnanündung an und die Donau von Ulm an. Auf diesen Schiffsahrtswegen sind die Alliierten völlig gleichberechtigt untereinander und genießen Meistbegünstigungsbehandlung. Deutschland tritt an die Alliierten einen Teil seiner Schleppe und Schiffe, sowie das notwendige Material zur Benutzung des Schiffsahrtswegs ab. Die Entschädigungen werden von Schiedsrichtern festgesetzt und von den Beträgen in Abzug gebracht, die Deutschland schuldet, so daß Deutschland die Eigentümer entschädigen muß. Falls von den alliierten Mächten der Bau des Rhein-Donau-Kanals binnen 25 Jahren beschlossen wird, muß Deutschland den Kanal gemäß den vorgelegten Plänen bauen. Der Kanal wird demselben Verwaltungsregime unterstellt wie der Rhein selbst.

Die Rhein-Schiffahrt bleibt vorläufig durch das Mannheimer Abkommen vom Jahre 1868 geregelt. Sechs Monate nach Inkrafttreten des Friedensvertrags wird eine 14gliedrige Zivilkommission, bestehend aus je zwei Vertretern der Niederlande und der Schweiz, je vier Vertretern der deutschen Weststaaten und Frankreich, das außerdem den Vorsitzenden ernannt, und je zwei Vertretern Großbritanniens, Italiens und Belgiens, in Straßburg zur Abfassung des Abkommens zusammenzutreten. Deutschland nimmt die Beschlässe des Ausschusses und des Zivilrates im voraus an. An der Rhein-Schiffahrt sind alle Nationen gleich berechtigt. Auf Ansuchen tritt Deutschland an Frankreich Schleppe, Schiff, Anteil von deutschen Rheinschiffahrtsgesellschaften, Anlagen, Docks, Magazine ab, die deutsche Staatsangehörige der Gesellschaften am 1. August 1914 im Rotterdammer Hafen besaßen. Deutschland entschädigt seine Staatsangehörigen dafür. Falls binnen 25 Jahren nach Inkrafttreten des Vertrags Belgien in der Höhe von Kührort einen Schiffsahrtsweg Rhein-Maas zu bauen



beschließt, nach Deutschland gemäß den vorgelegten Plänen den auf seinem Gebiet befindlichen Teil des Schiffsfahrweges bauen. Deutschland anerkennt, daß die Nachbesetzung der Zentralbahnkommission auf die Insel von der französisch-luxemburgischen Grenze bis zum Rhein vorbehaltlich der Zustimmung Luxemburgs, auf dem Rhein zwischen Basel und Bodensee vorbehaltlich der Zustimmung der Schweiz ausgedehnt werden. In den Häfen Hamburg und Stettin verpackter Eisenbahn auf 99 Jahre dem tschecho-slowakischen Staat eine Bodensfläche, die als freie Zone im direkten Transitverkehr für Waren von und aus der Tschecho-Slowakei gilt.

Die 5. Anlage verpflichtet Deutschland, zehn Jahre hindurch an Frankreich 7 Millionen Tonnen Kohlen und außerdem alle Jahre diejenige Kohlenmenge zu liefern, die den Unterschied zwischen der Jahresförderung der nordfranzösischen Gruben vor dem Krieg und der tatsächlichen Förderung im Zeitpunkt der Forderung ausmacht. Letztere Verpflichtung soll 10 Jahre bestehen und in den ersten 5 Jahren nicht über 20 Millionen Tonnen, in den zweiten 5 Jahren nicht über acht Millionen Tonnen ausmachen. Deutschland wird Belgien 10 Jahre hindurch 8 Millionen Tonnen Kohlen liefern, ferner Italien bis zum Jahre 1920 4½ Millionen Tonnen Kohlen, sodann bis zum Jahre 1921 5 Millionen Tonnen, das nächste Jahr 7½ Millionen Tonnen, bis 1923 8 Millionen Tonnen, bis 1924 8½ Millionen Tonnen, sodann während noch 5 Jahren 8½ Millionen Tonnen. Zwei Drittel davon werden auf dem Landweg geliefert. Der Preis ist wie für deutsche Bezüge ab Grube und Flußfracht bis zur Grenze zu berechnen. Die Verbündeten behalten sich vor, anstatt 4 Tonnen Kohle 3 Tonnen Koks zu beanspruchen. Ferner wird eine Lieferungsverpflichtung von 34000 T. Benzol, 50000 T. Kohlenfein und 30000 T. schwefelsauren Ammoniak festgesetzt.

„Journal des Debats“ sagt: Jeder Deutsche hat sich in das Gehirn zu graben, daß er den Verbündeten einen Teil seines Arbeitslohns oder täglichen Gewinns schuldet.

**Osaka, 12. Mai.** Die holländische Regierung erklärt gegenüber Mitteilungen englischer Völker, weder die Friedenskonferenz noch eine der verbündeten Mächte habe bisher in Osaka das Verlangen nach der Auslieferung des Kaisers gestellt, die Regierung habe deshalb auch zu einer solcher Forderung noch keine Stellung nehmen können.

Die dänische Regierung lehnt die Abstimmung und Grenzverleibung rein deutscher Gebiete, die der Friedensvertrag vorsieht, ab.

In Japan hat die Veröffentlichung der Friedensbedingungen große Erregung hervorgerufen. Die Blätter erklären, das Angeliachstum wolle die Welt Herrschaft an sich reißen; dagegen müsse ein Bund der östlichen Völker geschlossen werden.

#### Für den Ausgleich.

**Wien, 12. Mai.** Wessern fanden stürmische Kundgebungen für den Zusammenschluß des ganzen deutschen Volks und für das Festhalten am Selbstbestimmungsrecht Deutsch-Oesterreich statt.

#### Vorarlberg und die Schweiz.

**Bregenz, 12. Mai.** Die Volksabstimmung in Vorarlberg er. 5 rund 81 Prozent Stimmen zu Gunsten den Anst. an die Schweiz.

#### Wilson über die deutsche Wissenschaft.

**Amsterdam, 12. Mai.** Einer Neutermeldung aus Paris zufolge hielt Präsident Wilson im „Institut de France“ eine Rede, in der er u. a. sagte: Eine große Anzahl seiner Kollegen im amerikanischen Universitätsleben haben ihre Ausbildung, sogar in politischer Wissenschaft, auf deutschen Universitäten erhalten. Er selbst sei bei verschiedenen Gelegenheiten gezwungen gewesen, eine große Menge schlechter, schwerer und geschmackloser deutscher Literatur zu lesen und habe getrunken, daß der Gedanke ebenso geschmacklos war, wie die Prosa, und in einer fundamental falschen Auffassung vom Staat und vom politischen Leben des Volkes wurzeln. Er habe sich bemüht, die Gedanken der amerikanischen Universitätslehrer von dieser Fälschung zu befreien. Sie sprächen zu oft vom Staat, als von einem Ding, das den Einzelmenschen unbeachtet lassen wolle und das Vorrang habe, das Schicksal der Menschen durch eine harte, ihm innewohnende geheiligte Autorität zu beherrschen. Als entschiedener Demokrat habe er niemals diese Ansicht annehmen können. Seine Auffassung vom Staat sei die, daß jeder das Recht habe, seine Stimme hören und seinen Rat wagen zu lassen, — sofern er wert sei, erwogen zu werden. (Wie glücklich ist doch die amerikanische Wissenschaft, einen Mann wie Wilson zum Karibikwächter zu besitzen! T. Schr.)

**Paris, 12. Mai.** „Chicago Tribune“ berichtet, daß Präsident Wilson in der Gesellschaft für internationales Recht eine Rede hielt, in der er ausführte, daß die Zukunft der Menschheit mehr von der Verwirklichung einer gemeinsamen Bruderschaft, als von der Entwicklung nationaler Geistesysteme abhängen. Der einfache Mann finde überall Brüder und Mitarbeiter, um hohe Ziele von Brüderlichkeit und Gerechtigkeit zu erreichen. Die Menschen können sich von Dingen, die sie niederdrücken, nicht auf einmal befreien. Leben und leben lassen, für und mit dem Volke arbeiten, sei der Grund, auf den die Gerechtigkeit aufgebaut werden müsse.

**Paris, 12. Mai.** Nach dem „Petit Journal“ beabsichtigt die französische Regierung, in England, Amerika und Italien ein wirkliches französisches Kabinett einzurichten.

#### Falsche Berichterstattung.

**Paris, 12. Mai.** Halbamtlich wird erklärt, einer der sich in Versailles aufhaltenden deutschen Journalisten habe im „Neuen Wiener Tagblatt“ läugerliche Behauptungen verbreitet, wie z. B., daß das Dienstpersonal im Hotel aus Spionen bestehe. Die französische Regierung wenn sich Meldungen solcher Art wiederholen, die Journalisten ausweisen.

#### Der Achtundentag.

**Rom, 12. Mai.** (Stefani) Ein Teiler des Reichsministers gewährt den Eisenbahnern den 8-Stundentag und einen freien Tag jede Woche.

**Wien, 12. Mai.** Das Tel.-Korr.-Bur. meldet aus Graz, daß nach den bis heute früh vorliegenden Wahlresultaten in den steierischen Landtag voraussichtlich 36 Christlich-Soziale, 24 Sozialdemokraten, 8 deutsche Bauernpartei und 2 deutsche Demokraten als Abgeordnete gewählt sind.

**Budapest, 12. Mai.** Der frühere Präsident des ungarischen Abgeordnetenhauses, Ludwig Kavan, wurde in Wien mit mehreren Großgrundbesitzern von Kommunisten als Geisel verhaftet, um nach Budapest übergeführt zu werden. Auf dem Wege dorthin wurde Kavan auf einer Eisenbahnstation aus dem Wagen gestiegen und erschossen.

#### Der Krieg im Osten.

**Berlin, 12. Mai.** Das Kriegsamt der Vereinigten Staaten soll die Abienung von 8000 Mann amerikanischen Truppen gegen Rußland in Aussicht gestellt haben.

**Berlin, 12. Mai.** Ministerpräsident Scheidemann hat dem Abg. Weinhausen für die Volksversammlung in Danzig den Gruß mitgegeben: Wir werden gegen die Besetzung (Danzigs) bis zum Neuesten kämpfen. Danzig deutsch und immerdar deutsch.

Reichspräsident Ebert erklärte der Abordnung aus Danzig und Westpreußen, die Friedensbedingungen seien unerträglich und undurchführbar, namentlich im Osten, die deutschen Unterhändler werden den deutschen Standpunkt mit aller Kraft zur Geltung bringen. Der Augenblick der Entscheidung sei gekommen, wenn die Verhandlungen zu keinem Abbruch führten.

**Danzig, 12. Mai.** Der Oberpräsident von Westpreußen und der kommandierende General des 17. Armeekorps fordern alle wehrfähigen Männer zum Eintritt in die Freiwilligenkorps auf, da ein polnischer Angriff erwartet wird. Der Volkzugsauschuss der A- und S-Käte bezieht, dagegen diese Aufforderung als „hellen Wahnsinn“. In einer großen Versammlung der demokratischen Partei, in der Abg. Weinhausen-Berlin sprach, wurde das Vorgehen des Volkzugsauschusses scharf getadelt.

**München, 12. Mai.** Die Zahl der bei den Münchener Straßenkämpfen getöteten Personen wird nunmehr auf 500 angegeben. Die Verluste der Regierungstruppen betragen an Offizieren 8 Tote, 20 Verwundete, an Mannschaft: 50 Tote, 144, Verwundete. 10 werden vermisst.

**Hamberg, 12. Mai.** Am Donnerstag den 15. Mai, vormittag, wird im Kaiserjale der Residenz zu Bamberg der Landtag zu einer kurzen Beratung zusammengetreten. Einziger Punkt der Tagesordnung sind die Friedensbedingungen.

#### Baden.

(-) **Karlsruhe, 12. Mai.** (Auflösung der S. Käte.) Mit der fortschreitenden Organisation der neuen Wehrmacht und dem Abbau des bisherigen Heeres lösen sich auch die zum alten Heer gehörenden S. Käte auf, an deren Stelle treten ehrenamtlich tätige Wehrtrainsleute. Diese werden nach einem besonderen unpa. wählen Wahlrecht, das allen Angehörigen der Truppe Einwirkung sichert, gewählt. Die Standort-S. Käte treten ebenfalls zurück u. s. führen die Abrechnung der laufenden Geschäfte bis 20. Mai durch. Der „Landesausschuss der S. Käte“ Badens beim Generalkommando 14. A. K. in Durlach vertritt zunächst keine Geschäfte weiter und arbeitet die noch laufenden Angelegenheiten auf, um sich dann entsprechend der Abnahme der Truppenteile zu vermindern.

(-) **Karlsruhe, 12. Mai.** Es besteht begründete Aussicht, daß die zahlreichen in Glnh-Vorbringen und Luremburg zurückgebliebenen Wärfensendungen auf Antrag nach Deutschland weiter bzw. zurückbefördert werden können. Die Güterabfertigungen werden nähere Auskunft.

(-) **Karlsruhe, 12. Mai.** Morgen wird im großen Festballsaal eine große Protestversammlung der gesamten Bürgererschaft gegen die schmachvollen Friedensbedingungen stattfinden.

(-) **Karlsruhe, 12. Mai.** Die Deutsche dem. Partei schließt sich in einem Aufruf dem Protest der bad. Regierung gegen den Gewaltfrieden an.

(-) **Pforzheim, 12. Mai.** Nach dem „Pforzh. Anzeiger“ wird Prinz Max von Baden, der zum Teil auch in der Gegend von Pforzheim 3746 Hektar landwirtschaftliches Gelände und 4324 Hektar Wald besitzt, diesen Grundbesitz dem Wohl des Volks zuwenden. Um die Wünsche der landwirtschaftlichen Bevölkerung kennen zu lernen, hat der Prinz seine Bezirksbeamten angewiesen, mit den Gemeindevorständen und Einwohnern Rücksprache zu nehmen.

#### Württembergischer Volksbildungstag.

(-) **Stuttgart, 12. Mai.** Der im Jahr 1918 gegründete Verein zur Förderung der Volksbildung“ in Stuttgart veranstaltete am 10. Mai seine erste Jahresversammlung im Siegelhaus hier. An Stelle des verhinderten ersten Vorsitzenden Dr. Robert Bösch eröffnete Seminaroberlehrer Böhmle die Versammlung. Kultusminister Deussen war erschienen, daß die Regierung alles tun werde, um die Bestrebungen des Vereins zu fördern. Der Leiter der Heimabteilung Hans Reubing sprach über „Heimat und Volksbildung“. Die Landflucht, so führte er aus, der „Zug in die Stadt“ sei ein Zeichen, daß das Heimatgefühl eingeschlafen sei. Dem Landbewohner müsse die Heimat durch Heimatkunde, Fortmischen usw. erlöst werden, um ihn gegen die Folgen der Stadt/industrialisierung zu machen. Mittelpunkt dieser Bestrebungen müsse das Gemeindehaus sein. Dem ländlichen Heimatkreis müsse erst eine (geistige) Heimat geschaffen werden.

Am zweiten Tag hielt der Leiter der Theaterabteilung Ernst Martin einen Vortrag über „Theater und Volksbildung“. Er bedauerte, daß durch die soziale und wirtschaftliche Entwicklung das Volk dem Theater entfremdet worden sei, das wieder in den Dienst der Volkserziehung gestellt werden müsse. Ih. Bäuerle erweiterte die Rede über die „Ausgestaltung des freien Volksbildungswesens in Württemberg“. Für den Volkstaat sei das Volk noch nicht reif; ein Volkstaat ohne ein urteilsfähiges Volk sei eine Utopie und führe zum Abgrund. Der Volkstaat habe somit die ungeheure wichtige Erziehungsaufgabe, die Volkskultur unterem Volk zum lebendigen Besitz zu machen. Die Arbeit aber sei die Grundlage aller Kultur, aber sie dürfe nicht wie bisher nur Mittel zur Wärferszeugung sein. Das Wirtschaftsleben müsse dabei umgestaltet und die Volksbildung als Quelle der Volkskultur gehoben werden. Als nächste Aufgabe wird die Gründung einer Volkshochschule für Groß-Stuttgart in Angriff genommen und die Organisation ausgebaut werden. Den Schluß der Verhandlungen bildete ein Vortrag von H. Adler über Musik und Volksbildung. Abends fand ein Volkskonzert statt, in dem Bauer, Michels und Selge Lindberg unter dem nicht enden wollenden Beifall der entzückten Hörer Teilen der Tonkunst zum Vortrag brachten.

#### Württemberg.

(-) **Stuttgart, 12. Mai.** (Stadtkriegs.) Die von der Stadt Stuttgart angekauften 5. und 20. Marktstraße verlieren vom 15. ab ihre Gütigkeit und werden von den städtischen Kassen nicht mehr eingelöst. Wer noch im Besitz eines solchen Scheines ist, sollte ihn schleunigst einer städtischen Kasse anliefern.

(-) **Stuttgart, 12. Mai.** Bevölkerungsbewegung. Im Monat Februar hat die Bevölkerung um 2495 Personen zugenommen. Da die natürliche Bevölkerung (Geborene gegen Gestorbene) um 63 abgenommen hat, so ist eine Zuwanderung von 2558 Personen zu verzeichnen. Auch die Geburtenziffer nahm zu: 16,3 gegen 14,6 aufs Tausend im Januar, jedoch gleichfalls die Sterblichkeitsziffer: 18,9 gegen 17,3.

(-) **Stuttgart, 12. Mai.** (Zusammenschluß.) Eine Versammlung württ. Industrieller und Politiker, in der Abg. Gotthein Heidelberg und Handelskammerpräsident Dr. Allen Stuttgart sprachen, sprach sich ein für den Zusammenschluß von Württemberg, Baden und der Pfalz und für die Erhaltung des Saar-gebiets aus. Es wurde eine der „Arie südwestdeutsche Vereinigung“ gegründet.

(-) **Stuttgart, 12. Mai.** (Kohlenmangel.) Infolge Kohlenmangels mußten die beiden Schwimmbad-Anstalten in Stuttgart und Ulheim geschlossen.

(-) **Caanstatt, 12. Mai.** (Erfannte Leiche.) Die Persönlichkeit der am Samstag aus dem Nedar gelandeten Leiche ist festgestellt. Es handelt sich um einen seit Dezember 1918 abgängigen 59 Jahre alten Ingenieur.

(-) **Ulm, 11. Mai.** Die Tausendmarktschein des Reichsministers. Wie gemeldet wurde hier der Schauspieler und ehemalige Münchener Reichsminister für soziale Fürsorge, Kurt Dagen oder Fopp, geboren 1884 in Danzig, festgenommen. Er hatte 433000 Mk. bei sich. Das war der Rest einer Summe von 457000 Mk., die er der Bergbau-Aktiengesellschaft in München, angeblich zur Auszahlung an Bergarbeiter, abgewirft hatte, indem er die Direktoren der Gesellschaft verbannt hielt. Er behielt das Geld für sich und ging damit durch. Bei seiner Verhaftung hatte er bereits 1000 Mk. für seine „Anschaffung“ verbraucht.

(-) **Ulm, 12. Mai.** (Folter auf der Nacht.) Der 20jährige Reichsminister Folter hatte sich während der letzten Tage nachweislich in Neu-Ulm aufgehalten. Als man in der Nacht zum Samstag zu seiner Verhaftung schreiten wollte, war er nicht mehr aufzufinden.

(-) **Stuttgart, 11. Mai.** (Gemütskrise und Selbstmord.) Der Gemütskrise befiel sich zwar zureichend, aber die Zufuhr besteht zum größten Teil aus unzer Glas gezeugter Waren. Die beiden Freilichtgemüse, Spargel und Khabarber, welchen jenseit schon am Ertragsquerschnitt abgenommen. Spargel kamen in dieser Woche erstmals in größeren Mengen von auswärtig zu 4-5 Mk. das Pfund. Die Khabarber und Gemüses sind an der Tagesordnung. Es wäre an der Zeit, daß das in Wärfen hinaus-trommelnde Publikum, das die Preisüberforderungen geradezu schreit sich dem Ernst der gegenwärtigen Lage anpassen möchte. Von der gegenwärtigen warmen Wärfung ist bald eine vermehrte Gemütskrise zu erwarten.

Die Obstausfuhren sind im allgemeinen bereits noch gut. Stark durch Frost hat der Blumenzweig bei Erdbeeren und Schilberbeeren gelitten. Pfirsiche und Aprikosen sind durch das langandauernde nehmliche Wetter nicht zur Reife gekommen. Birnen, Äpfel, Pflaumen und Quitten haben zurzeit befriedigend. Das letzte Wetter ist für die Einweitung der Wärfen recht günstig.

## Konzert-Programm

des  
KUR-ORCHESTERS WILDBAD  
Leitung: Musikdirektor P. Franz.

Mittwoch, den 14. Mai  
vorm. 11—12 Uhr Trinkhalle

1. Choral.
  2. Ouverture „Titus“ Mozart
  3. Noch sind die Tage der Rosen, Lied Baumgärtner
  4. Melodien aus „Der Wildschütz“ Lortzing
  5. Serenade für Flöte und Horn Tili
  6. Blau Vögelchen, Mazurka Eisenberg
- nachm. 3½—4½ Uhr Trinkhalle
1. Treue Freundschaft, Ma sch Forwerk
  2. Ouverture „Maurer u. Schlosser“ Asber
  3. Goldene, Gavotte Fuchs
  4. Melodien aus „Der Freischütz“ Weber
  5. Czardas Gungl
  6. Berner Landsknecht, Marsch



# Bekanntmachung der Wahlvorschläge zur Gemeinderatswahl.

Zu der am **Sonntag, den 18. Mai l. J.**, stattfindenden **Gemeinderatswahl** sind 5 gültige Wahlvorschläge eingereicht worden, welche hiernach bekanntgegeben werden.

Ausdrücklich wird darauf hingewiesen, daß nur solche Bewerber gültig gewählt werden können, deren Namen in einem dieser Wahlvorschläge enthalten sind.

Wildbad, den 12. Mai 1919.

Vorsitzender des Wahlvorstandes:  
Bäzner.

## Gültige Wahlvorschläge:

Nr. I.

Bezeichnung: **Deutsche demokratische Partei Wildbad.**

1. Bedtke, August, Hotelier, Wildbad
2. Brachhold, Christian, Stadtpfleger, Wildbad
3. Kuch, Fritz, Zimmermeister, Wildbad
4. Schill, Wilhelm, Maurermeister, Wildbad
5. Kappelmann, Ludwig, Kaufmann, Wildbad
6. Schmid sen., Christian, Zimmermeister, Wildbad
7. Schöber, Karl, Gärtner, Wildbad
8. Dr. med. Lauer, Gotthold, Arzt
9. Eitel, Karl, Rutscher und Feich, Gemeinderat, Wildbad
10. Schmid, Julius, Gipfermeister, Wildbad
11. Kappelmann, Wilhelm, Oberholzhauser, Wildbad
12. Gänthner, Wilhelm, Jakob, Holzhauser, Sprollenhäus
13. Kallfass, Karl, Bergbahnschaffner, Wildbad
14. Schmid, Hermann, Metzgermeister, Wildbad
15. Batt, Karl, Malermeister, Wildbad
16. Großmann, Adolf, Hotelier, Wildbad.

Nr. II.

Bezeichnung: **Sozialdemokratische Partei.**

1. Schlüter, Karl, Zimmermann, Wildbad
2. Eitel, Wilhelm, Maurer, Wildbad
3. Burz, Wilhelm, Wirt, Wildbad
4. Hedel, Albert, Schreiner, Wildbad
5. Dömer, Adolf, Gipfer, Wildbad
6. Eitel, Karl, Holzhauser (Stengeles Entelsohn), Wildbad
7. Keller, Ernst, Oberholzhauser, Sprollenhäus
8. Mayer, Emilie, geb. Kern, Hausfrau, Wildbad
9. Bauer, Hermann, Schlosser, Wildbad
10. Eitel, Karl, Installateur, Wildbad
11. Rothfuß, Robert, Schlosser, Wildbad
12. Hefelschwerdt, Johann, Oberholzhauser, Sprollenhäus
13. Wader, Wilhelm, Heizer, Wildbad
14. Dieg, Karl, Schreiner, Wildbad
15. Schill, Hermann, Schlosser, Wildbad
16. Schmid, Friedrich, Holzhauser, Wildbad (Hühnerstelle).

Nr. III.

Bezeichnung: **Ortsgruppe Wildbad der Württemb. Bürgerpartei.**

1. Kiefer, Robert, Gasthofbesitzer, Wildbad
2. Schwoerdtle, Karl, Schlossermeister, Wildbad
3. Boisch, Philipp, Kaufmann, Wildbad
4. Haag, Hermann, Holzhauser, Sprollenhäus
5. Blumenthal, Karl, Photograph, Wildbad
6. Bäzner, Pauline, Fräulein, Wildbad
7. Eitel, Christian, Oberholzhauser, Wildbad
8. Bäzner, Christian, Schuhmachermeister, Wildbad
9. Eitel, Robert, Postunterbeamter, Wildbad
10. Hieber, Wilhelm, Uhrmacher, Wildbad
11. Schweizer, Karl, Reallehrer, Wildbad
12. Kauleder, Albert, Fortwärt, Wildbad
13. Grunow, Anna, Dr. Ehefrau
14. Lipp, Karl, Gipfermeister, Wildbad
15. Eisele, Ernst, Hotelier, Wildbad
16. Wader, Friedrich, Ortssteuerbeamter a. D.

Nr. IV.

Bezeichnung: **Zentrumspartei, Ortsgruppe Wildbad.**

1. Edelmann, Ferdinand, Verwalter, Wildbad
2. Heinrich, Karl, Gasmeister, Wildbad
3. Haug, Paul, Gastwirt, Wildbad
4. Walker, Josef, Fortwärt, Wildbad
5. Weber, Josef, Eisenbahnassistent, Wildbad
6. Pfiger, Jakob, Schaffner, Wildbad.

V.

Bezeichnung: **Friedenspartei.**

1. Rath, Wilhelm, Buchbindermeister, Wildbad
2. Krauß, Wilhelm, Bauwerkmeister, Wildbad
3. Kometich, Gottlob, Hotelier, Wildbad
4. Held, Adolf, Friseur, Wildbad
5. Kammerer, Friedrich, Schuhmachermeister, Wildbad
6. Rothfuß, Friedrich, Schreinermeister, Wildbad
7. Treiber, Christof, Privatier, Wildbad
8. Riezingler, Gustav, Buchbindermeister, Wildbad
9. Danielmann, Friedrich, Privatier, Wildbad
10. Großmann, Hermann, Aofchnermeister, Wildbad
11. Luz, Ludwig, Malermeister, Wildbad
12. Vott, Karl, Uhrmacher, Wildbad
13. Krauß, Hermann, Küfermeister, Wildbad
14. Krauß, Robert, Maurermeister, Wildbad
15. Treiber, Karl, Fabrikassistent, Wildbad.

## Fleisch- und Wurstkonserven.

Auf Woche 2 der Fleischkarte wird von Donnerstag ab bei den Metzger abgegeben:

525 gr. Fleisch- und Wurstkonserven für Erwachsene. Rinder erhalten die Hälfte.

Städt. Lebensmittelamt Wildbad.  
Arbeiterrat Schlüter.

## Bekanntmachung des Tags der Gemeinderatswahl.

I. Der Gemeinderat wird auf Grund des Gesetzes vom 15. März 1919 auf 6 Jahre neu gewählt. Mit Ablauf des Jahres 1922 scheidet diejenige Hälfte der Gewählten aus, auf welche bei der Verhältniswahl die niedrigeren Höchstzahlen entfallen.

II. Die Wahl erfolgt nach dem Grundgesetz der verhältnismäßigen Vertretung der Wähler. Diejenigen, auf welche bei der Wahl die niedrigeren Höchstzahlen entfallen, gelten als auf die kürzere Amtsdauer gewählt.

III. Die Wahl erfolgt am **Sonntag, den 18. Mai l. J.**, in den drei Wahlbezirken und zwar:

Wahlbezirk I. Stadtteil A rechts der Enz und die Parzellen: Kleinenhof, Bindhof und Lautenhof. Wahllokal Rathaus Sitzungssaal. Wahlvorstand Stadtschultheiß Bäzner hier. Stello. Ratschreiber Schmid hier.

Wahlbezirk II. Stadtteil B links der Enz und die Parzellen Grünhütte, Hochwiese, Lehenjagmühle, Kollwasser, Sommerberg und Ziegelhütte. Wahllokal Altes Schulhaus. Wahlvorstand Gemeinderat V. Kappelmann. Stello. Stadtschultheißenamts-Sekretär Gae.

Wahlbezirk III. Die Parzellen Sprollenhäus, Christofhof, Rälbermühle, Rohlhäusle, Nonnenmüß und Sprollmühle. Wahllokal Schulhaus in Sprollenhäus. Wahlvorstand Stadtpfleger Brachhold, hier Stello. Verwaltg.-Rat. Gutbub, hier.

Die Wahlhandlung beginnt normittags 9 Uhr und wird nachmittags 4 Uhr geschlossen. Nach dem für den Schluß der Wahlhandlung bestimmten Zeitpunkt dürfen nur noch diejenigen Wähler zur Stimmabgabe zugelassen werden, welche bereits im Wahlraum anwesend sind.

Die Wahl wird in einer ununterbrochenen Handlung durch unmittelbare geheime Stimmabgabe der Wahlberechtigten vollzogen. Nur diejenigen sind zur Wahl zugelassen, welche in die Wählerliste aufgenommen sind. Während der Wahlhandlung und der Ermittlung des Wahlergebnisses steht der Zutritt zum Wahlraum jedem Wahlberechtigten offen.

IV. Die Wahl ist auf solche Bewerber beschränkt welche in den öffentlich bekanntgemachten Wahlvorschlägen enthalten sind. Im übrigen wird auf Art. 78 der Gem.-Ordn. mit der im Regierungsblatt von 1919 S. 37 veröffentlichten Fassung verwiesen.

Wildbad, den 12. Mai 1919.  
Stadtschultheißenamt Bäzner.

## Futtermittel Angebot.

1. Für Pferde:
    - Strohlochkutter Preis ca. M. 32,40 pro Ztr.
    - Weizenkleie Preis ca. M. 11,20 pro Ztr.
    - Häufelmelasse Preis ca. M. 16,70 pro Ztr.
    - Runde Mühschnitzel Preis ca. M. 26,10 pro Ztr.
  2. Für Rindvieh und Schweine:
    - Sonnenblumenkuchenschrot Preis ca. M. 33,- pro Ztr.
    - Sonnenblumenschalen Preis ca. M. 7,80 pro Ztr.
    - Weizenkleie Preis ca. M. 11,20 pro Ztr.
- Bestellungen auf vorstehend genannte Futtermittel sind unverzüglich und längstens 15. Mai 1919 auf dem Rathaus (Meldeamt) anzuzeigen.  
Wildbad, den 12. Mai 1919.  
Stadtschultheißenamt Bäzner.

## Deutsche demokratische Partei Wildbad.

Am **Donnerstag, den 15. Mai 1919**  
abends 8<sup>1/2</sup> Uhr

wird der bekannte, auch um die Wahrung kirchlicher Interessen sich verdient gemachte **Herr Stadtpfarrer Egenwein-Stuttgart** Mitglied der Landesversammlung in der Turnhalle in Wildbad einen

## Vortrag

### Ziele der Demokratie.

Zu dieser Versammlung wird hiermit Jedermann — Männer und Frauen — höflichst eingeladen.

Personen unter 18 Jahren haben keinen Zutritt.

Der Ausschuß der Deutsch.-demokr. Partei Wildbad.

Eugen Müller

Elise Müller

geb. Schmid

Wildbad

Wilhelm Schmid

Cenzi Schmid

geb. Baumann

Vermählte

Mai 1919

## Brotkarten-Abgabe.

Am **Donnerstag, 15. Mai** werden die **Brotkarten** für die zweite Hälfte des Monats abgegeben.

Städt. Lebensmittelamt Wildbad.  
H. N. Schl.

## Wahlvorschlag

der **Sozialdemokratischen Partei Wildbad.**

1. Karl Schlüter, Zimmermann
2. Wilhelm Eitel, Maurer
3. Wilhelm Burz, Wirt
4. Albert Hedel, Schreiner
5. Adolf Dömer, Gipfer
6. Karl Eitel, Holzhauser (Stengeles Entelsohn)
7. Ernst Keller, Oberholzhauser, Sprollenhäus
8. Emilie Mayer, Hausfrau
9. Hermann Bauer, Schlosser
10. Karl Eitel, Installateur
11. Robert Rothfuß, Schlosser
12. Johann Hefelschwerdt, Oberholzhauser, Sprollenhäus
13. Wilhelm Wader, Heizer
14. Karl Dieg, Schreiner
15. Hermann Schill, Schlosser
16. Friedrich Schmid, Holzhauser (Hühnerstelle).

## Erklärung.

Die Kandidaten der Sozialdemokratischen Partei erklären, (einschließlich derer, die keine Bürgermeinung [Hohgeld] besitzen) dafür einzustehen, daß das **Hohgeld im vollen Umfang bestehen bleibt.**

Sozialdemokratische Partei Wildbad.

Evang. Jünglingsverein. Dienstag abend 8 Uhr Vereinsabend.

## Waffeleisen,

für Gas- und Herdfeuerung,

sind eingetroffen.  
**Wilh. Bohnenberger.**

## Zu verkaufen

ein großer zweiflügeliger **Eisenschrank**, eine große **Eisrinne**, doppelwandig mit Zinkbeleg, ein **Hadkloß**, vier **Fleischschnecken**, zwei **Wandbecken** emailliert, ein transportables **Waschbrettgestell** und eine **Gaslampe** verkauft.

Wilh. Eitel, Schlosser.

Ein leichter

## Handkarren

wird zu kaufen gesucht. [88]  
Zu erfragen in der Exped.

## Anlaßlich des morgigen Christiantages

label sämtliche Christian auf **Donnerstag** abend in das Gasthaus zum „Anker“ ein **Mehrere Christian.**

## Blumendünger,

Singfutter,  
Papageienfutter,  
Fischfutter,

zu haben in der **Medicinal-Drogerie**,  
Grundner Nachst.

## Gier-Verbandsachtel,

für 12, 24 und 50 Stück,  
empfiehlt **Robert Treiber.**

## 1 Acker

oder ein Stück **Grasfeld** in der Nähe der Turnhalle, wird bei guter Bezahlung sofort zu mieten gesucht. Ferner wird ein gebrauchter guterhaltener

## Sasherd

zu kaufen gesucht.  
Zu erfragen in der Exped.

## Zwei gute Milkkühe

sofort gesucht.  
Reformschule Wildbad.

## Für den Schulanfang

empfehlen alle Sorten **Schulbücher u. Schulhefte**, **Schreib-Stuis**,

**Griffel-Schachteln**, **Schulranzen**, sowie alle sonstigen

**Papier- und Schreibwaren-Artikel**

**Geschw. Flum**,  
neben der Sonne.